

Xi Jinpings Kampfansage: Um dem Gegenwind aus dem Westen zu trotzen und das Land an die Weltspitze zu führen, hat Chinas Volkskongress den grössten Reformschub seit Jahrzehnten beschlossen

** Ein Artikel des China-Kenners Stefan Baron in der Weltwoche vom 17.3.2023*

Die Weltwirtschaft war nie zuvor stärker vernetzt als heute. Der Menschheit hat diese Globalisierung enorme Wohlstandsgewinne und auch relativen Frieden beschert. Jetzt droht all dies wieder verspielt zu werden.

Was vom Kongress hängenbleibt.

Interdependenz verlangt Vertrauen. Vertrauen kommt von miteinander vertraut sein. Unkenntnis und Unverständnis dagegen führen zu Misstrauen, Abwehr oder gar Aggression. Baruch de Spinoza, der Philosoph einer rationalen Ethik, hat die Menschen deshalb aufgefordert, sich darum zu bemühen, das Denken, Fühlen und Handeln ihrer Mitmenschen «zu verstehen». Damit meinte er nicht, dieses gutzuheissen, sondern, stets lernbegierig, offen und bereit zu sein, die eigenen Selbstgewissheiten, Vorurteile und Gewohnheiten in Frage zu stellen.

An dieser Bereitschaft mangelt es heute, gerade in der westlichen Welt, dramatisch. Nirgendwo, nicht einmal im Umgang mit Russland, tritt das so deutlich zutage wie im Verhältnis zu China. Jüngstes Beispiel dafür ist die konstituierende Sitzung des Nationalen Volkskongresses und des ihm gewissermassen beigeordneten Beratungsgremiums, der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, die Anfang dieser Woche zu Ende gingen. Nach dem Parteitag der KP, der nur alle fünf Jahre stattfindet, stellt Lianghui («Zwei Sitzungen»), wie die Chinesen diese Zusammenkunft nennen, das wichtigste Ereignis im politischen Kalender des zusammen mit den USA wichtigsten Landes der Welt dar.

Gleichwohl ist die Berichterstattung in unseren Medien darüber seit je ungenügend, nahezu durchweg stereotyp und einseitig, meist sogar richtig feindselig: Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping sei ein zweiter Mao; das «Regime» in Peking wolle sich das demokratische Taiwan «einverleiben», ja es strebe die Weltherrschaft an und rüste dafür massiv auf. Der Westen müsse sich möglichst schnell und so weit wie möglich von ihm abkoppeln. Mehr dürfte von der Tagung des Volkskongresses bei den meisten Menschen im Westen kaum hängengeblieben sein.

Für ein gesundes Wachstum des Binnenkonsums besteht noch viel Luft nach oben. Den Tatsachen wird dies nicht einmal annähernd gerecht. Getreu dem Rat des grossen Strategen Sunzi, der da lautet: «Wenn du dich selbst kennst und den anderen, gewinnst du jede Schlacht», hat Chinas versammelte politische Elite tief in den Spiegel sowie in die Welt hinaus geschaut – und als Ergebnis dem Land den grössten Reformschub seit Jahrzehnten verordnet. Trotz des schon seit Jahren anschwellenden Gegenwindes aus dem Westen hatte die Staatsführung für die Erfüllung ihrer «historischen Mission», der «Renaissance der Nation», weiter auf ein wenigstens halbwegs kooperatives Umfeld gehofft. Diese Hoffnung ist jetzt endgültig verflogen. «Westliche Länder, angeführt von den USA», so Staats- und Parteichef Xi, hätten China «umfassend eingedämmt, umzingelt und unterdrückt und ihm so nie dagewesene, schwere Herausforderungen beschert».

Als Antwort darauf rüsten die «Wolfskrieger» in Peking nun tatsächlich auf – allerdings mehr ökonomisch und technologisch als militärisch. Mit einer neuzusammengesetzten, ebenso verschworenen wie in der Praxis erprobten Regierungsmannschaft aus Technokraten um Premier Li Qiang sowie neuen staatlichen Strukturen und Institutionen will das Land der Deglobalisierung und einem Wirtschaftskrieg des Westens begegnen. Um nicht wie nahezu alle Schwellenländer in der sogenannten Falle des mittleren Einkommens hängen zu bleiben, sondern in den Kreis der hochentwickelten Länder vorstossen zu können, hatte Chinas Führung schon vor Jahren die Parole ausgegeben, von quantitativem Wachstum als Massenproduzent von Billigwaren auf qualitatives Wachstum als Hersteller von innovativen Produkten mit hoher Wertschöpfung umzustellen sowie so weit wie möglich aus eigener Kraft zu wachsen. Jetzt verdoppelt sie ihre Anstrengungen.

Verdoppelte Anstrengungen

Die zentralen Stellschrauben sind dabei ein eigener Wirtschaftskosmos miteinander befreundeter Staaten im Rahmen der Seidenstrasse, des Brics- und SOZ-Verbunds, der einheimische Konsum und die technologische Eigenständigkeit. Den Konsum will Peking fördern, ohne damit die staatliche Verschuldung allzu sehr in die Höhe zu treiben, die Inflation anzuheizen und die Finanzstabilität zu gefährden. Im laufenden Jahr soll die Inflationsrate ebenso wie das Haushaltsdefizit nicht mehr als drei Prozent betragen – Werte, von denen die USA und die EU nur träumen können. Die bisherige Regulierungsbehörde für Banken und Versicherungen soll, von Anleger- und Verbraucherschutzfragen befreit, in Form einer neuen, direkt bei der Regierung angesiedelten Finanzmarktregulierungs-Behörde gestärkt, sich künftig voll auf Risiken für die Stabilität des Finanzmarkts konzentrieren, die besonders von der Immobilienblase und der Verschuldung lokaler Gebietskörperschaften ausgehen.

Peking betrachtet den Aufstieg zur Hightech-Nation als «nationale Gemeinschaftsaufgabe». Für ein gesundes Wachstum des Binnenkonsums besteht noch viel Luft nach oben. Chinas Pro-Kopf-Einkommen beträgt erst rund ein Viertel des Durchschnitts der OECD-Staaten. Zugleich ist es extrem ungleich verteilt. Dies will Peking mit einer Politik des «Wohlstands für alle» ändern. Der beginnende Bevölkerungsrückgang steht einem Wachstum des einheimischen Verbrauchs nicht zwangsläufig im Wege. Zwar wirkt er einerseits dämpfend auf die volkswirtschaftlichen Einnahmen, ermöglicht andererseits aber auch Einsparungen, besonders im Bereich von Umwelt-, Energie- und generell Ressourcenverbrauch sowie bei Infrastruktur und Bau. Vor allem aber kann der Staat durch eine Erhöhung des noch niedrigen Rentenalters (Frauen: fünfzig, Männer: sechzig Jahre) den Rückgang des Arbeitskräfte- und damit des Wachstumspotenzials auffangen. Der Volkskongress hat das Ministerium für zivile Angelegenheiten denn auch beauftragt, sich intensiv der gesellschaftlichen Alterung anzunehmen und einen verzögerten Renteneintritt beziehungsweise die Rückkehr in die Berufswelt für Rentner zu fördern.

«Hauptakteure der Innovation»

Das Hauptaugenmerk der Führung in Peking richtet sich jedoch auf eine Steigerung der Produktivität durch bessere Ausbildung der Arbeitskräfte, Abbau noch bestehender Schranken auf dem Binnenmarkt sowie indigenen technologischen Fortschritt. So will sie nicht nur dem Problem der Überalterung der Gesellschaft begegnen, die Arbeitseinkommen und den Binnenkonsum ankurbeln, sondern vor allem auch das qualitative Wachstum mit höherer heimischer Wertschöpfung und China zu einem Hightech-Land weiterentwickeln. Im vergangenen Jahrzehnt sind die staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung bereits

von 1,2 auf 2,5 Prozent des Bruttoinlandprodukts angestiegen. Jetzt nimmt Peking das internationale Spitzenniveau von 3 Prozent ins Visier.

Hinzu kommt eine weitere Reform im Regierungsapparat: Das Ministerium für Wissenschaft und Technologie soll entschlackt werden und sich künftig ganz auf die Aufgabe konzentrieren, sämtliche nationalen Ressourcen zu mobilisieren, um technologische Innovationen in Schlüsselindustrien zu erzielen. Eine hochrangige Expertenkommission für Wissenschaft und Technologie beim Zentralkomitee der KP soll dem Ministerium zusätzlich mit Rat zur Seite stehen.

Wer glaubt, hier wollten sich Partei und Staat zum Ober-Innovator aufschwingen, macht es sich jedoch zu leicht: Peking betrachtet den Aufstieg Chinas zu einer Hightech-Nation als «nationale Gemeinschaftsaufgabe». Nach seiner Bestätigung im Amt als Chef der Militärkommission forderte Staatschef Xi seine Spitzenmilitärs als Erstes persönlich dazu auf, ihre Technikforschung künftig stärker mit der Privatwirtschaft zu verschränken. «Die Hauptakteure der Innovation» müssten, so Xi, dem im Westen gerne nachgesagt wird, den Privatsektor zurückdrängen zu wollen, «die Unternehmen sein». Den privaten Unternehmen des Landes versicherte er, «unverändert zu den eigenen Reihen» zu gehören. Sie müssten mit staatlichen Unternehmen «gleichbehandelt und ihre Eigentumsrechte gewahrt bleiben». Alles andere käme allerdings auch einem Selbstmord gleich.

Auf Chinas Privatwirtschaft entfallen über 90 Prozent der Marktteilnehmer, über 80 Prozent der (städtischen) Arbeitsplätze, mehr als 70 Prozent der technologischen Innovationen, mehr als 60 Prozent des Sozialprodukts und über 50 Prozent der Steuereinnahmen.

Vorzeigeland der Digitalisierung

Mit technologischen Durchbrüchen in Zukunftstechnologien wie hochleistungsfähigen Mikrochips, künstlicher Intelligenz, Quantencomputern, Robotern, 5G-Kommunikation und Big Data will China nicht nur eine «grosse Mauer aus Stahl» (Xi) gegen militärische Attacken des Westens errichten, sondern auch von diesem weitgehend unabhängig weiter eine auskömmliche Wachstumsrate um die 5 Prozent erzielen und zugleich zum Vorzeigeland der Digitalisierung und des «Internets der Dinge» werden. Da Daten als Produktionsfaktor dabei eine Schlüsselrolle spielen, hat der Volkskongress beschlossen, bei der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission ein zentrales Datenbüro einzurichten, das landesweit Integration, Management, Handel und Anwendung der entsprechenden Daten optimieren soll.

Kurz: Lianghui 2023 hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, die USA als grösste Volkswirtschaft der Welt auch nominal zu überholen. Deglobalisierung, westliche Sanktionen und ein neuer kalter Krieg können dies allenfalls verzögern, aber nicht verhindern. Und werden vor allem auf deren Urheber zurückfallen.

** Stefan Baron ist Bestsellerautor und ausgewiesener Chinakenner. Sein Buch «Die Chinesen – Psychogramm einer Weltmacht», das er gemeinsam mit seiner chinesisch-stämmigen Ehefrau verfasst hat, gilt als Standardwerk zum Verständnis des Landes.*

<https://weltwoche.ch/daily/xi-jinpings-kampfansage-um-dem-gegenwind-aus-dem-westen-zu-trotzen-und-das-land-an-die-weltspitze-zu-fuehren-hat-chinas-volkskongress-den-groessten-reformschub-seit-jahrzehnten-beschlossen/>